

Susanne Knäpper

## **„Offene Methode der Koordinierung“. EU strebt enge Zusammenarbeit der nationalen Gesundheitssysteme an**

***Veröffentlicht in der Krankenhaus Umschau 6/2004.***

Die Europäische Kommission hat am 20. April 2004 neue Vorschläge für das Gesundheitswesen veröffentlicht. Die EU-Mitgliedstaaten werden darin aufgefordert, die Standards einer flächendeckenden, qualitativ hoch stehenden und nachhaltig finanzierbaren Gesundheitsversorgung anzuheben, die Patientenmobilität zu erleichtern und ihre Gesundheitssysteme einem EU-weiten Vergleich zu stellen. Diese Initiative ist der nächste Schritt der Kommission nach ihrer ersten Mitteilung zur Zukunft des Gesundheitswesens und der Altenpflege von Dezember 2001 und dem Gesundheitsbericht der EU-Mitgliedstaaten vom Frühjahr 2003. Die neuen Vorschläge beziehen auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Patientenmobilität ein (s. KU Februar 2004).

### **Patientenmobilität**

Patienten aus EU-Ländern haben nach dem Gesetz das Recht, gesundheitliche Versorgung in anderen EU-Ländern in Anspruch zu nehmen. Dies hat der Europäische Gerichtshof in verschiedenen Urteilen bestätigt.<sup>1</sup> Doch die Inanspruchnahme dieses Rechts kann sich als schwierig erweisen. Die Patienten sind oft nicht ausreichend informiert über die Behandlungsmöglichkeiten im Ausland und wissen nicht, wie sie sich die Kosten erstatten lassen können. Der EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, David Byrne, möchte die Patientenrechte stärken. Er setzt sich für eine bessere Information der Patienten und zugleich für die bessere Zusammenarbeit der Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten ein. "Wenn in einem Land die Krankenhausbetten leer stehen, während es in einem anderen Land lange Wartelisten gibt, können die Mitgliedstaaten die gesundheitliche Versorgung verbessern und Wartezeiten verkürzen", sagte Byrne.

### **Benchmarkprozess**

Die Kommission spricht sich außerdem erneut für die Anwendung der "Offenen Methode der Koordinierung" in der Gesundheitspolitik aus. Die Offene Methode der Koordinierung ist ein Politikverfahren der EU, das erstmals im Jahr 2000 eingeführt wurde. Es zeichnet sich durch den Versuch aus, neben den beiden klassischen Integrationsmethoden der supranationalen Rechtsetzung durch die EU und der Zusammenarbeit auf Regierungsebene eine Zwischenstufe zu schaffen. Die EU-Kommission legt Leitlinien für einen bestimmten Politikbereich (z.B. Gesundheitswesen) mit jeweils genauem Zeitplan für die Verwirklichung von Zielen fest. Die EU-Mitgliedstaaten erstellen sogenannte "Nationale Aktionspläne", die von der Kommission gesammelt und ausgewertet werden. Auf diese Weise findet ein Benchmarkingprozess statt, in dem die verschiedenen Politikpraktiken der Mitgliedstaaten verglichen werden und die EU-Mitglieder voneinander lernen können. Eine Harmonisierung der nationalen Systeme der sozialen Sicherheit ist hierbei nicht vorgesehen.

Die Offene Methode der Koordinierung wird in Politikfeldern angewendet, in denen die EU-Kommission nur über eine eingeschränkte Zuständigkeit verfügt und die vorwiegend im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten bzw. ihrer regionalen Gebietskörperschaften wie z.B. den Bundesländern liegen. Bisher wurde die Offene Methode der Koordinierung in den Bereichen Beschäftigung und soziale Ausgrenzung angewendet. Ausgeweitet werden die Anwendungsfelder nun auf die Bereiche Alterssicherung und Gesundheitssysteme,

---

<sup>1</sup> Besonders bekannt sind die Urteile „Geraets-Smits/ Peerbooms“ und „Vanbraecke“ zur Kostenerstattung von Krankenhausbehandlungen in einem anderen EU-Mitgliedstaat, welche die Rechte der Patienten im Bereich der Erstattung von Sachleistungen verstärkten.

Jugendpolitik, Informationsgesellschaft, Forschung und Innovation, Unternehmenspolitik, Wirtschaftsreformen, Bildung und soziale Integration.

Die offene Methode der Koordinierung ist einerseits ein dynamisierendes Instrument europäischer Politik, das sozialpolitische Themen auf die europäische Tagesordnung setzt und Austausch und Lernprozesse fördert. Andererseits besteht die Gefahr einer nicht ausreichenden Öffentlichkeit, da die maßgeblichen Entscheidungen ohne Beteiligung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes in Verhandlungen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten fallen. Die Erfahrungen mit der Anwendung der Offenen Methode der Koordinierung haben in Deutschland gezeigt, dass die Abstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren in Deutschland (Bundes-, Landes-, kommunale Ebene, Wohlfahrtsverbände) verbessert werden muss. Welche Folgen die Anwendung auf die Gesundheitspolitik für die Einrichtungen des Gesundheitswesens hat, bleibt abzuwarten.

*Susanne Knäpper, Europabüro der Bank für Sozialwirtschaft AG, Brüssel.  
Kontakt: [bfseu@sozialbank.de](mailto:bfseu@sozialbank.de)*

*Weitere Informationen rund um das Thema EU-Gesundheitspolitik finden Sie in EUFIS, dem EU-Förderinformationssystem der Bank für Sozialwirtschaft: [www.eufis.de](http://www.eufis.de).*